

# Damit es zu besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie kommt

Nach der Landtagsdebatte zum Gleichstellungsgesetzentwurf der LINKEN forderte Karola Stange: Kemmrich soll zurücktreten

**Nach der Debatte im Landtag am 26. Januar zum Entwurf des Gleichstellungsgesetzes der LINKEN forderte Karola Stange, Gleichstellungspolitikerin der Linksfraktion, Thomas Kemmerich (FDP) auf, den Vorsitz des Gleichstellungsausschusses niederzulegen. „Wer kritisiert, ein Gleichstellungsgesetz belaste finanziell die Kommunen, fördere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht und sei mithin überflüssig, kann den Posten eines Ausschussvorsitzenden nicht länger ausfüllen.“**

Die Äußerungen des FDP-Politikers im Landtag seien „ein Schlag ins Gesicht aller engagierten Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie engagierter Politikerinnen“, konstatiert die Abgeordnete. Nicht nur, dass Herr Kemmerich es offenbar nicht für nötig befunden habe, den vorgelegten Gesetzentwurf zu lesen, er ignoriere auch den Verfassungsauftrag, der das Land Thüringen zur Durchsetzung der Gleichstellung verpflichtete.

„Wir können gut mit unterschiedlichen politischen Meinungen leben – was aber nicht geht, ist, die jahrelange Diskussion um die Novellierung sowie die Forderungen der Fachfrauen mit Missachtung zu strafen“, stellte Karola Stange fest. Wem bei Gleichstellung lediglich die bessere Verfügbarkeit der Frauen für den Arbeitsmarkt und die Einsetzung von männlichen Gleichstellungsbeauftragten einfallt, habe das Wesentliche nicht verstanden und sollte den Fachausschuss nicht länger leiten.

## Auszüge aus dem Plenarprotokoll: Thomas Kemmerich, FDP:

Wir wissen, dass ein entsprechender Gesetzentwurf in der Abstimmung sich befindet und ich gehe davon aus, dass das ja dann auch kurzfristig hier im Parlament zur Sprache kommen wird. Insofern ist es wie oftmals, der hier

vorgelegte Gesetzentwurf beschäftigt die Gremien, beschäftigt uns alle, geht aber am Ziel vorbei und ist insofern wenig erhellend und zukunftsfähig. Ich denke nicht, dass hier auf die modernen Aufbauaufgaben und personellen Herausforderungen der Personalpolitik in unseren Behörden eingegangen wird. Insofern ist er wenig hilfreich. Es bleibt dabei, auch in den Behörden sollte in erster Linie darauf geachtet werden, dass wir die Vereinbarkeit von Kind und Karriere erleichtern, weiter fördern und ermöglichen, wie auch unser Antrag, den wir hier im Plenum eingebracht haben, dem leider nicht gefolgt worden ist. Schlimm ist hier nur wieder, dass die Nachfolgegeneration des politischen Arms des Kommunismus in der Sowjetunion heute wieder versucht,

(Heiterkeit DIE LINKE)

mit erneut hohen Kosten hier insbesondere die kleinen Kommunen finanziell zu belasten. Bei der doch angespannten Haushaltslage, über die wir lang und deutlich diskutiert haben ...

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Das ist doch wohl das Allerletzte bei der Ausbeutung von Ihren Leuten.)

Herr Ramelow, wann fällt Ihnen denn wieder einmal etwas Neues ein? Das wird ja auch immer seltener, aber...

(Abg. Ramelow: Sie zahlen ja Ihre Leute nicht ordentlich.)

Das stimmt gar nicht, das steht hier nicht zur Debatte.

(Abg. Ramelow: Das sind alles Frauen, die bei Ihnen arbeiten und so behandelt werden.)

(...)Also kommen wir zurück zur finanziellen Situation der Kommunen, die Sie mit Ihrem Gesetzentwurf weiter versuchen zu verschlechtern.

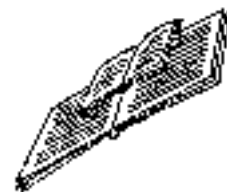
**Karola Stange, DIE LINKE:**

Ein Wort zu Herrn Kemmerich: Ich

glaube, es ist das hohe Gut einer Opposition – und Sie befinden sich ebenfalls in der Opposition –, gute, zukunftsfähige Gesetze vorzulegen und meine Fraktion hat heute ein gutes, zukunftsfähiges Gleichstellungsgesetz hier zur Diskussion vorgelegt. Ich kann nur meiner Vorrednerin zustimmen, Sie als Gleichstellungsvorsitzender in unserem Ausschuss sind es fast nicht mehr würdig, hier dieses Thema von diesem Pult aus zu bereden. Ich glaube, hier gehört eine Frau hin aus Ihrer Fraktion, die vielleicht das Thema ernster nimmt als sie.

Eins möchte ich noch dazu sagen: Hätten Sie sich die Mühe gemacht, unseren Gesetzentwurf zu lesen, dann hätten Sie gemerkt, dass wir erstens die Kommune nicht mehr finanziell belasten und dass wir zweitens darauf abgehoben haben, dass es zu mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familie kommt, aber da hätten Sie lesen müssen. (...) Wir gehen also davon aus, dass die ca. 55 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und Frauenbeauftragten in den Landkreisen und kreisfreien Städten ihre Arbeit nur gut durchführen können, wenn sie unter anderem ein finanzielles, aber auch zeitliches Budget für ihre Arbeit bekommen.

Aus diesem Grund haben wir uns ganz bewusst dafür entschieden, dass diese kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, die hauptamtlich gestellt werden sollen nach einer städtischen Größe von 15.000 Einwohnern, ein Budget von 0,20 Cent je Einwohnerin und Einwohner erhalten. Wir wollen ausdrücklich, dass dafür Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit geleistet wird, Weiterbildungsarbeit innerhalb der Gleichstellungsbeauftragten. Aber wir wollen natürlich auch, dass damit eine Vernetzungsarbeit innerhalb der LAG Gleichstellungsbeauftragten gestärkt wird. (...)



## Schiefergasförderung

Nachdem sich der Umweltausschuss umfassend mit Gewinnung von Erdgas aus Schiefergestein befasst hatte, sprach MdL Katja Wolf von nicht zu unterschätzenden Risiken. Die Firma BNK Petroleum hatte ihr Konzept zur Förderung des Gases in Thüringen vorgestellt. Die Muttergesellschaft aus Kanada produziert es schon viele Jahre in den USA. Erkundungen sollen auf einem großen Gebiet in Thüringen stattfinden. Erkundungsbohrungen seien ab 2014 vorgesehen. Zurzeit laufen umfangreiche Vorarbeiten.

Die Umweltpolitikerin verwies auf die Technik des hydraulischen Aufbrechens von porösem Gestein im Untergrund, bei der mit einer Flüssigkeit aus verschiedenen Chemikalien und Sand das im Gestein enthaltene Gas im Untergrund gelöst und nach oben befördert wird. Die LINKE befürchtet mit dieser Technologie die langfristige Förderung fossiler Energien. Die Risiken des dabei eingesetzten Chemiecocktails seien nicht abzuschätzen. „Es handelt sich um vorwiegend giftige Stoffe. Außerdem sind die Auswirkungen der Druckerhöhungen im Untergrund nicht immer beherrschbar“, sagte Katja Wolf und forderte „viel mehr den stärkeren Ausbau regenerativer Energien. Wer die Einspeisevergütung für Solarenergie so stark kürzt, aber die von Schiefergas in Thüringen befürwortet, macht sich ungläubwürdig“.

## Wichtige Termine

### Landtagssitzungen:

Nach den Landtagssitzungen am 23. und 24. Februar finden die nächsten regulären Plenarsitzungen in der Zeit vom 21. bis 23. März statt.

### Konversionskonferenz:

Die Landtagsfraktion der LINKEN lädt gemeinsam mit der Bundestagsfraktion und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen zu einer Konversionskonferenz am 31. März nach Mühlhausen ein. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe.

### Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Insolvenzordnung

Die Landesregierung soll sich im Bundesrat und den Fachministerkonferenzen für die Verbesserung des Arbeitnehmerschutzes im Insolvenzverfahren einsetzen, so der Plenartrag der Linksfraktion, über den der wirtschaftspolitische Sprecher Dieter Hausold informierte. Hintergrund ist das aktuelle Urteil des Landesarbeitsgerichts Thüringen zur Patro-Insolvenz, das die Rückforderung von Lohnzahlungen durch den Insolvenzverwalter abgelehnt hatte und auch keine Revision zuließ. Dass aber ein Insolvenzverwalter ein solches Verfahren überhaupt anstrengen konnte, ist erst durch die Verschlimmbesserung der Insolvenzordnung durch die rot-grüne Schröder-Regierung möglich geworden. ■

## Jugendkanal

Zum Abschluss des Treffens der ARD-Intendanten in Erfurt sagte MdL André Blechschmidt, dass der Vorschlag eines öffentlich-rechtlichen Jugendkanals konkretisiert werden müsse.

„Die Entwicklung der Medienlandschaft zeigt, dass der Bedarf nach einem solchen Sender da ist. ARD und ZDF erreichen über den Kika die kleinsten Zuschauer und mit ihren Sparten- und Hauptsendern vor allem das ältere Publikum. Der Generation dazwischen, den 14- bis 30-Jährigen, wird im Programmangebot bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.“ Ein eigener Jugendkanal mit Fernseh-, Radio- und Internetangeboten sollte seinen Sitz in Erfurt bekommen. ■

## Jahrbuch

Der Thüringer Landtag hat wieder ein Jahrbuch herausgegeben. Auf rund hundert Seiten erinnert die Jahreschronik ‚Der Thüringer Landtag 2011 – Ein Rückblick‘ an die Höhepunkte des vergangenen Jahres. Im Fokus steht dabei die Europapolitik. Die LINKE zieht, wie auch alle anderen Fraktionen, mit verschiedenen Beiträgen in Wort und Bild eine eindrucksvolle politische Bilanz für das Jahr 2011. Darüber hinaus setzte der Thüringer Landtag mit Erinnerungsveranstaltungen Maßstäbe. Zudem zeigt die Publikation interessante Impressionen des Veranstaltungs- und Ausstellungsjahrs 2011. Das Jahrbuch kann im Referat Öffentlichkeitsarbeit des Landtags angefordert werden. ■